

II-630 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XI. Gesetzgebungsperiode

24.5.1967

274/A.B.

zu 292/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Unterricht Dr. P i f f l - P e r ě v i c
auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Stella K l e i n - L ö w und
Genossen,

betreffend Durchführungsbestimmungen zum Studienbeihilfengesetz.

--.-.-.-.-.

Die Anfrage Nr.292/J-NR/67, die die Abgeordneten Dr.Klein-Löw
und Genossen am 21.April 1967 an mich richteten, beehre ich mich wie
folgt zu beantworten:

Der durch die Novelle zum Studienbeihilfengesetz vom 16.12.
1966, BGBGl.Nr.19/1967, dem § 3 des Studienbeihilfengesetzes angefügte
Absatz 7 verlangt ausdrücklich, daß der Unterhaltsanspruch vom
Studierenden nicht durchgesetzt werden kann, das heißt, daß eine Tätig-
keit des Studierenden zur Durchsetzung des Unterhaltsanspruches vorausge-
setzt wird. Eine Auslegung, wonach bereits die Behauptung der Nichtdurch-
setzbarkeit eines Unterhaltsanspruches zur Erlangung der Studienbeihilfe
sowie zum Übergang des Klagerechtes an den Bund genüge, findet also im
Gesetzestext keine Deckung.

Das Bundesministerium für Unterricht hat jedoch seinen Erlaß
vom 24.2.1967, Zl. 147.961-I/5/66, mit Erlaß Zl. 77.480-I/5/67 vom 21.
April 1967 dahingehend ergänzt, daß die Nichtdurchsetzbarkeit des
Unterhaltsanspruches auch dann anzunehmen ist, wenn solche Schritte
offensichtlich erfolglos, kostspielig und langwierig sein würden.

--.-.-.-.-.